

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag Heinr. Fahrenbach, Düsseldorf 100, Tannenstr. 33, Telephon 32423 • Druck und Versand Joh. van Aken, Eresfeld, Luth. Kirchstr. 65, Telephon 4692 • Bestellungen durch die Post für den Monat 1.—M.

Nummer 20

Düsseldorf, den 16. Mai 1925.

Jahrgang 1925

Vom Aufgabenkreis unserer Bewegung.

Christliche Soziallehre — Grundlage für eine neue Gesellschaftsform.

Eine Organisation, die nur äußeres Handeln der Mitglieder zusammenfassen und leiten will, muß unweigerlich sterben und letzten Endes zugrunde gehen. Und eine christliche Arbeiterbewegung, deren Ziel es ist, auch den Arbeiterschaft zu einem vollgültigen Menschen zu machen, wäre zur Unmöglichkeit verurteilt, wenn sie dieses Ziel nicht bewußt erstrebe im engen Zusammenhang mit ihrer Weltanschauungslehre. Denn was ist ein vollgültiger Mensch im Sinne des Christentums? Nur der Mensch, der aus sich selbst eine Einheit zu bilden bestrebt ist, ein Mensch, der körperliche und geistige Arbeit in den Dienst einer sittlich-ethischen Höherentwicklung stellt, und diese Höherentwicklung auch in seiner Gemeinschaft anstrebt und zu verwirklichen sucht, der Mensch ist vollgültig. Das gilt immer und für alle Zeiten, das gilt aber vor allen Dingen für eine Bewegung, die wie die christliche Arbeiterbewegung in den Mittelpunkt des öffentlichen Lebens gerückt ist.

Bevor die Arbeiterschaft in den Mittelpunkt des Volkslebens gerückt war, hatte unsere Bewegung vor allem die Aufgabe, die sozialen Möglichkeiten auch für sich zu erkämpfen. Diese sozialen Möglichkeiten mußten mit unabdingter Notwendigkeit aus der christlichen Gemeinschaftsauffassung auch für sie abgeleitet werden. Die Geheimcharakterstruktur war eine unchristliche. Die kapitalisierte Schicht der Arbeiterschaft war gezwungen, ihr Leben um ein kärgliches Maß von materiellen Gütern zu verzehren. Ihr Leben ging auf in der Produktion materieller Güter. Ein Teil dieser Güter fiel den Kapitalisten zu, die der kapitalistische Kausch zu immer größerer Konzentrierung zwang. Ein anderer Teil der Güter diente dazu, den geringfügig höher strebenden Kreisen des Bürgertums die Möglichkeit, höhere Arbeit zu geben und Kulturgüter zu schaffen. Und ein Teil, und das war der schädlichste des deutschen Volkes, war in die Möglichkeit versetzt, sich Luxus- und Genüggüter zu verschaffen, die in ihrer Menge und Raffiniertheit kulturfürdig waren.

Und die Arbeiterschaft? Ihr fiel nur ein geringer Teil von diesen materiellen Gütern zu, soviel, daß die größte Masse eben ihr Leben erhalten konnte, oder auch das noch nicht einmal. Gewiß, sie hatten teil am technischen Fortschritt des Volkes, aber von den wertvollen Kulturgütern des Volkes, die den Menschen geistig, seelisch heben, war sie ausgeschlossen. Die Vereinigung dieser Gesellschaftsform führte die Arbeiterschaft zum Handeln gegen dieses System, und zwar zum sittlich notwendigen Handeln.

Heute stehen wir vor einer neuen Gesellschaftsstufe. Die Arbeiterschaft hat ihren Kampf um einfachste Menschenrechte im Sinne des Christentums nicht vergeblich geführt. Ihr geringer Spielraum hat sich zu weiten begonnen. Ihr Aufgabenkreis, der sich bis vor kurzem auf die Gemeinschaft der christlichen Arbeiter erstreckte, hat sich geweitet und umfaßt das ganze Volk.

Die rein äußerliche Stellung der Arbeiterschaft, dazu die Lethaie des Verhagens des Bürgertums, die erwiesene Unmöglichkeit des Sozialismus und seiner Anhänger stellt die christliche Arbeiterschaft vor die Notwendigkeit, den Grund für eine neue Gesellschaftsform zu legen und trotzlos auf ihre Verwirklichung hinzuarbeiten. Die christliche Arbeiterschaft muß die bisherige unchristliche Gesellschaftsform strikter ablehnen. An Stelle dieser unchristlichen Gesellschaftsform muß treten eine Gesellschaftsform, die dem Geiste der christlichen Gemeinschaftsauffassung entspricht, die auf den Grundsätzen der christlichen Soziallehre aufgebaut ist.

Das ist die Aufgabe der christlichen Arbeiterbewegung von heute. Dabei bleibt natürlich der frühere Aufgabenkreis der Arbeiterbewegung an sich bestehen. Es wird immer ihr erstes Ziel sein und bleiben, ihren eigenen Stand durch die Gewerkschaftsarbeit im eigentlichen Sinne die materiellen und geistigen Auswirkungsmöglichkeiten zu schaffen, die jeder Mensch und jede Menschenart zu beanspruchen haben.

Wenn wir eine neue Wirtschaftsform erstreben, so bedeutet das nicht, daß wir nach Art der Sozialdemokratie irgend eine Wirtschaft uns bauen wollen, um die Masse mit Schlagschwertern fesseln zu können. In der Abwicklung allen Weltgeschehens erblicken wir eine Vorsehung. Wir wissen auch, daß es blinde Kerle gibt in jedem wirtschaftlichen Geschehen. Sie lassen den willkürlichen Aufbau einer schlagwortmäßigen Wirtschafts- und Gesellschaftsform nicht zu. Dieser Glaube ist weit entfernt von einem Glauben an willkürliche Wahlen von Naturgesetzen. Er kann auch unsere Schaffenskraft nicht im mindesten lähmen. Ganz im Gegenteil: Wir sind uns bewußt, daß für uns als christliche Arbeiterbewegung die Zeit gekommen ist, wo wir zur Errichtung unserer Ziele mit höchster Kraftanstrengung wirken müssen.

Die Idee der christlichen Arbeiterbewegung, die christliche Gemeinschaftsauffassung läßt die verschiedensten Formen der Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung zu. Für alle Möglichkeiten bildet die christliche Soziallehre die Norm, sie bildet kein Rahmen für verschiedene Formen und Gestaltungen.

Zum Arbeitszeit- und Lohnproblem in der Textilindustrie.

Von Arbeitgeberseite wird diesem Problem in leichter Zeit ganz besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Die Arbeiterschaft ist es, die immer wieder die Zehne bezahlen soll. Wir sind es schon von jeher gewöhnt, besonderes Entgegenkommen der Arbeitgeber in Arbeitszeit und Lohnfrage nicht zu finden. Die überaus kurzfristige Haltung der Textilindustriellen gerade in der letzten Zeit gegenüber noch so berechtigten Arbeitserfordernissen zwingt uns zu folgenden Auslassungen:

Im Nünsterland führen 30 000 Textilarbeiter einen steten Kampf um einige Pfennige Lohnerhöhung. Dort lehnen die Textilindustriellen seit Jahren jede Lohnerhöhung und auch oft Lohnverhandlungen grundsätzlich ab. Im Dürener Textilgebiet zwingt man der Arbeiterschaft die verlängerte Arbeitszeit weiter auf, versagt ihr aber in demselben Augenblick ganz belanglose Verbesserungen in den Lohnbestimmungen. Am vernünftigsten erscheinen bei Betrachtung der Gesamtlage noch die württembergischen Textilindustriellen, die einem Schiedsspruch der Schlüchtingssammer Stuttgart vom 9. April wohl zustimmten, dabei aber grundsätzliche Bedenken äußerten. Da die von den württembergischen Textilindustriellen geführten „grundlegenden“ Bedenken von der gesamten Textilarbeiterenschaft geteilt werden, wollen wir sie unseren Mitgliedern nicht vorenthalten.

1. Wir müssen feststellen, daß eine Erhöhung der Löhne erfolgt ist, ohne daß, wie unbestritten geblieben ist, eine irgendwie erhebliche Steigerung der Lebenshaltungskosten eingetreten war.
2. Wir müssen dem Schlüchtingssorgan die Verantwortung dafür überlassen, daß durch den Schiedsspruch neuerdings das Lohnniveau der württembergischen Textilindustrie ohne triftigen Grund über dasjenige der übrigen deutschen Textilindustrie hinausgehoben wird, so daß größere Gruppen der württembergischen Textilindustrie, wie insbesondere die Leinenindustrie, die neue Lohnerhöhung als untragbar bezeichnen.
3. Diese weitere, in sich nicht gerechtfertigte Lohnerhöhung ist geeignet, eine Verteuerung der Produkte, im Zusammenhang damit eine Schwächung der Konkurrenzfähigkeit der württembergischen Textilindustrie, als Folge hieron eine Einschränkung der Betriebe herbeizuführen.
4. Endlich trägt die außerordentlich kurzfristige Regelung der Löhne durch den Schiedsspruch der im allgemeinen wirtschaftlichen Interesse erforderlichen Stetigkeit der Produktionsverhältnisse einer großen Industrie in keiner Weise Rechnung.

Leiderlich die im allgemeinen auf dem württembergischen Arbeitsmarkt vorhandenen abnormalen Zustände und die damit im Zusammenhang stehenden, in sich nicht begründeten Lohnerhöhungen, die in Württemberg gegenüber anderen Wirtschaftsgebieten Deutschlands eingetreten sind, haben dazu geführt, daß die Arbeitgeber der württembergischen Textilindustrie sich dazu bereit erklärt haben müssten, die durch den Schiedsspruch festgesetzte Lohnerhöhung einzunehmen.

Der letzte Satz ist nicht Allgemeingut der Arbeitgeber. Es gibt viele, die trotz anomaler Zustände sich aus prinzipiellen Gründen gegen jeden Schiedsspruch wenden und ihn ablehnen. Die von den württembergischen Textilindustriellen vorgetragenen Bedenken kehren nun schon seit Jahren in den verschiedensten Variationen wieder. So oft sie aber wiederkehren, haben wir uns gegen ihre Haltlosigkeit zu wenden. Wie liegen die Dinge?

Das Arbeitszeitproblem wird in der Textilindustrie solange ein Objekt für Auseinandersetzungen sein, solange man sich nicht dazu versteht, eine der Zusammensetzung der Arbeiterschaft entsprechende Arbeitszeit zu schaffen. Rund 64% aller in der Textilindustrie Beschäftigten sind Arbeiterinnen. Davon wieder 16% Verheiratete, mit einem eigenen Haushalte. Sie ihren Familien zurückzugeben, ist nicht nur etwa eine agitatorische Aufgabe der Gewerkschaften, sondern für unser Volk eine sittliche Notwendigkeit. Das Märchen von der Unrentabilität der Textilbetriebe infolge verkürzter Arbeitszeit ist nicht nur von uns, sondern von bedeutenden Volkswirtschaftlern so oft widerlegt worden, daß wir heute darauf verzichten können.

In der Lohnfrage müssen wir uns auf das entschiedenste dagegen wenden, daß man seitens der Arbeitgeber diese Frage vom Gesichtspunkt der technisch und wirtschaftlich schwächeren Betriebe aus behandelt. Wir können auch nicht zugeben, daß Arbeitgeber Lohnerhöhungen ablehnen, weil gerade im Augenblick eine wesentliche Steigerung der Lebenshaltungskosten nicht eingetreten ist. Diese ablehnende Begründung hätte nicht einmal dann eine Berechtigung, wenn das Lohnniveau der Arbeiterschaft erheblich über den Lebenshaltungskosten stände. Ein Vergleich der Löhne von 1914 und März 1925 zeigt aber, daß die Gegenstände des täglichen Bedarfs jetzt gewaltig teurer sind, wie vor dem Kriege.

Ein Baumwollweber in M.-Gladbach verdiente im Jahre 1914 in der Stunde 40 Pfsg., bei 54stündiger Arbeitszeit in der

Woche also 21,60 M. In der letzten Woche im Monat März 1925 war der wirklich ausgezahlte Wochenverdienst im Durchschnitt 30,45 M.

Dagegen waren die Preise für Lebensmittel folgende:

	Okt. 1914	18. März 1925
Rindfleisch 1 kg	170 Pfsg.	224 Pfsg.
Schweinesleisch 1 "	160 "	322 "
Butter 1 "	300 "	505 "
Eier 1 Stück	8 "	14 "
Brotmisch 1 Liter	23 "	34 "
Kartoffeln 1 kg	9 "	13 "
Weizenmehl 1 "	37 "	56 "

Mit anderen Worten: Es erhält der Weber für seinen Lohn

	im Oktober 1914	im März 1925
Butter 7,2 kg	6,08 kg	9,5
Schweinesleisch 13,5 "	270 Stück	217 Stück
Eier 270 "	240 kg	234 kg
Kartoffeln 58 "	54,4 "	

Eine Probe wird ergeben, daß mit wenigen Ausnahmen die Verhältnisse überall gleich liegen. Man könnte ja einwenden, daß dieses Verhältnis den Tatsachen Rechnung trägt; daß durch die außenpolitischen Belastungen das Lebensniveau von 1914 nicht mehr erreicht werden kann. Diefen guten Rat geben wir an jene zurück, die viel eher in der Lage sind, zu entbehren. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Textilarbeiterchaft sind dafür nicht geeignet, sie müssen im Gegen teil noch eine weitere Verbesserung erfahren. Sollen wir daran erinnern, wie sich die unzureichende Ernährungsweise der Textilarbeiter auf die Arbeitsschwäche auswirkt?

Bei der alten Ortskrankheit 29. Dresden stieg die Krankenziffer entgegen den Erfahrungen der letzten 40 Jahre vom normalen monatlichen Stande von 2500 bis 3000 Arbeitsunfähigen im Jahre 1924 auf 8545, im Juli auf 8583 und betrug zeitweilig sogar 9—10 000. Bei der Ortskrankenanstalt Leipzig war zeitweilig ein Bestand an Arbeitsunfähigen von 10 000 (etwa 4000 über dem Normalstande) der Versicherten. Die Jahresberichte der Gesundheitsärzte und Schulärzte reden eine erschütternde Sprache und zeigen, daß es allerhöchste Zeit ist, schnellstens einzutreten, wenn nicht unabsehbare Folgen für die Gesundheit unseres Volkes eintreten sollen. Nach den der Regierung eingereichten Berichten sind 50 Prozent der deutschen Kinder krank, weiter zeigen etwa 40 Prozent, teilweise 50 bis 60 Prozent, an einzelnen Industrieorten sogar 90 Prozent der Schulkindergarten. Alle diese Anzeichen rahnern uns, das Arbeitszeit- und Lohnproblem für die Arbeiterschaft solange nicht aus dem Auge zu verlieren, bis es einer glücklichen Lösung entgegengeführt ist.

Fr. M.

Ummerkung der Schriftleitung: Die Unternehmer und ihre Syndikate lehnen jede noch so berechtigte Lohnforderung der Arbeiter ab mit der Begründung, die Belastung der Wirtschaft durch Steuern, Sozialabgaben und hohe Löhne wäre unerträglich. Die Betriebe seien auch nicht rentabel genug. Nun sind gerade in den letzten Wochen eine Anzahl Jahresberichte von Gesellschaften erschienen, die mit dem 31. Dezember ihr Geschäftsjahr abschließen. Die Berichtsperiode umfaßt also die Zeit, in der die deutsche Industrie am schwersten mit Absatzstörungen, mit Kapitalmangel und mit der angeblich so hohen Belastung zu kämpfen hatte. Und was sehen wir jetzt? Nach der Höhe der zur Auszahlung gelangten Dividenden zu urteilen, können die Unternehmer wahrhaftig nicht mehr über eine Unrentabilität der Betriebe klagen. Die „Deutsche Bergwerks-Zeitung“ brachte kürzlich folgende Zusammenstellung über die bisher veröffentlichten Dividendenvorschläge:

Textilunternehmen	1924	1913/14
1. Mechanische Weberei Linden	15	20
2. Rheinische Möbelstoffweberei, Barmen	14	9
3. Concordia Spinnerei und Weberei, Bunzlau	13	5
4. Württemberg. Baumwollspinnerei und Weberei	12,5	9
5. Bachmann und Ladeburg	12	9
6. Baumwollspinnerei am Stadtbach, Augsburg	12	10
7. Baumwollspinnerei Augsburg	10	7
8. Mechanische Weberei Fischen	10	17
9. Leipzig. Baumwollspinnerei	10	15
10. Weberei und Spinnerei Kottern	10	0
11. Spinnerei und Weberei Pfersee	10	8
12. Baumwollspinnerei Unterhausen	10	6
13. Augsburger Baumwollweberei (vorm. Niedinger)	10	8
14. Städterei Plauen	8	0
15. Hornstettener Spinnerei und Weberei	7	8
16. Leipziger Wollkämmerei	6	

Die „Bergwerks-Zeitung“ bemerkt zu diesen Ergebnissen, daß gerade die Textilunternehmungen in den Jahren der Übergangswirtschaft und der Krisenheiten Erschütterungen der Wirtschaft sich im ganzen einer glücklichen Geschäftslage erfreuen. Eine Dividende von 10 Prozent hat man in der Textilindustrie offenbar als die untere Grenze des Angebrachten angesehen. In sechs Fällen hat man bei aller Vorsicht und bei reichlichen Abschreibungen 12 Prozent und mehr zur Ausschüttung gebracht. Dies ist um so bedeutsamer,

Sind Lohnerhöhungen zwecklos?

Gegen Aussage der öffentlichen Meinung!

Ein längerer Aufsatz von Herrn Dr. Meißinger, dem Syndikus der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, in der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“, schließt mit folgenden Worten: „Rögen die Arbeiter und ihre Führer darüber nachdenken, mögen sie berichten, wo sie glauben, daß wir uns irren, mögen sie vor allem aber erkennen, daß uns gewiss daran liegen kann, unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik von nachgewiesenen Irrtümern beherrschen und Volk und Wirtschaft damit zugrunde richten zu lassen.“ Die zuletzt ausgesprochene Versicherung können auch wir uns zu eigen machen, ja, uns liegt nicht nur nichts daran, daß unsere Wirtschafts- und Sozialpolitik von nachgewiesenen Irrtümern beherrscht wird, sondern wir sind bereit, mit jedermann, der guten Willens ist, im Interesse der ganzen Wirtschaft gegen solche „nachgewiesene Irrtümer“ anzukämpfen. Der Aufruf des Herrn Meißinger, über den Inhalt seines Aufsatzes nachzudenken, sind wir gerne nachgekommen, finden aber, daß sein weiterer Wunsch, ihm zu berichten, eine gleimale Summung darstellt. Sein vierseitiger Artikel enthält nämlich eine solche Fülle von Unrichtigkeiten und halb ausgedachten Gedanken, daß manche ein Buch erforderlich wäre, um ihn den Wunsch der restlosen Berichtigung zu erfüllen.

Wir meinen auch, daß Herr Dr. Meißinger bei einem guten Willen durchaus in der Lage wäre, sich selber zu berichten. Die Veröffentlichungen von christlich-nationaler Gewerkschaftsseite, gerade auf den von ihm immer wieder in der gleichen Weise ver- und oft auch misshandelten Gebieten sind so zutreffend und ausführlich, daß ein solches Verlangen keine Unvollständigkeit darstellt. Wir haben aber den Eindruck, daß es gerade in der letzten Zeit der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände vielmehr zu tun ist, um eine einseitige Beeinflussung der öffentlichen Meinung, als um die sachliche Erforschung komplizierter wirtschaftlicher Zusammenhänge. Leider finden die Aussagen der Herren Syndikus von den Arbeitgeberverbänden bei großen und einflußreichen Zeitungen eine nur allzuillige und widersprüchliche Aufnahme. Im Interesse der Aufklärung der öffentlichen Meinung müssen wir deshalb ausführlicher „berichten“, als wir es sonst zu tun für notwendig gehalten hätten.

Die Polemik des Herrn Dr. Meißinger gegen die gewerkschaftliche Lohnpolitik beginnt mit folgenden Ausführungen, die wir deshalb wörtlich zitieren wollen, weil aus ihnen gleichzeitig zu ersiehen ist, wie leicht man sich die Propaganda auf der Arbeitgeberseite macht und wie dumm man den deutschen Durchschnittsleiter empfiegt. Herr Dr. Meißinger schreibt: „Die Gewerkschaften halten an der Auffassung fest, es könnte heute durch Erhöhung der Nominallöhne die Kaufkraft im Inland vermehrt und dadurch für die Produktion inländische Zusatzmargen erzielt werden, die angeht das der erhöhten Konkurrenz im Weltmarkt gar nicht zu entfallen ware und auf die es um so mehr ankäme als in mir das Exportgeschäft, sondern der Auslandsmarkt von jeher den größten Teil des deutschen Güterproduktion abgenommen habe. Der Grunddilettant aber liegt darin, daß die Gewerkschaften immer noch in den Vorstellungen der Sozialdemokratie decken, glauben, jede Nominallöhnerhöhung bedeute Vergrößerung des Reallohnes und damit Vermehrung der Kaufkraft der breiten Masse obwohl doch diese Vorstellung falsche Erfahrungen erwiesen ist, daß Reallohn und Gütererzeugung un trennbar miteinander verbunden sind, daß also eine Hebung des Reallohnes und der Kaufkraft ohne eine parallel laufende Steigerung der Gütererzeugung mit Nominallöhnerhöhungen allein niemals erreicht werden kann. Bleibt die Gütererzeugung unverändert, so will jede Erhöhung des Nominallohnes und die damit verbundene Vermehrung der auf den Kopf des Einzelnen entfallenden Zahlungsmittel nicht zu einer Hebung der Kaufkraft, sondern zu einer Entwertung des zum Kaufaufwand benötigten Zahlungsmittels führen. Es bleibt die Menge der Güter unverändert, aber die Summe der auf das einzelne Gut im Durchschnitt mit Geld entfallenden Geldmärkte wird entsprechend vermehrt, d. h. die Kaufkraft der Geldmärkte vermindert. Das Ergebnis solcher Nominallöhnerhöhungen wäre also keine Hebung, sondern bestensfalls eine Verhebigung der bisherigen Kaufkraft, sogar ganz gewiß eine Verminderung der Kaufkraft, da keine Lohn erhöhung in der Lage sein würde, dem Tempo der wieder eingedrehten Lohn- und Preiskurve schnell genug nachzuhallen. Decken wir an die letzten Monate der Inflationszeit,

um die hieraus sich ergebende Not zu begreifen. Die Erkenntnis dieser Zusammenhänge sollte nach den bisherigen Erfahrungen doch nicht mehr diskutiert zu werden brauchen.“

Auch uns wäre lieber, wenn wir über soliel Irrtum stillschweigend hinweggehen könnten. Was zunächst die Wiedergabe der gewerkschaftlichen Auffassung betreffend Erhöhung der Nominallöhne und Schaffung inländischer Absatzmöglichkeiten angeht, so ist sie zwar etwas gewißtam vereinfacht, trotzdem aber wenigstens annähernd richtig wiedergegeben. Gleich darauf behauptet aber Herr Meißinger, daß der Grundirrtum der Gewerkschaften darin besteht, daß sie glauben, jede Nominallöhnerhöhung bedeute Vergrößerung des Reallohnes. Für so dumm soll der Verfasser die Gewerkschaften doch nicht halten, zumal in einem Lande, in dem während einer jüngsten Inflation die Gewerkschaften täglich die Erfahrung machen durften, daß eben nicht jede Nominallöhnerhöhung auch eine Erhöhung des Reallohnes mit sich bringt. Nur unter bestimmten Voraussetzungen wird das der Fall sein. Eine solche Voraussetzung wird aber durch die Erhöhung inländischer Absatzmöglichkeiten geschaffen. Wie oft wurde von der Industrie angeführt, daß sie mit ihren Produktionsmitteln intensiver wären, mehr zu produzieren und auch zu einem billigeren Preis als bisher, wenn sie nur einen geringen großen Absatz hätten. Die gewerkschaftliche Auffassung geht nun dahin, daß durch allgemeine Lohn erhöhungen eine Nachfrage geschaffen wird, die den Unternehmungen einen größeren Absatz verschafft und sie dadurch instand setzt, auch mehr zu produzieren und sie ebenfalls in dem Preise. Es handelt sich also bei diesem Gedankengang gar nicht darum, daß wie Herr Dr. Meißinger behauptet, „die Menge der Güter unverändert, aber die Summe der auf das einzelne Gut im Durchschnitt mit Geld entfallenden Geldmärkte entsprechend vermehrt werden“, vielmehr besteht der Sinn solcher Nominallöhnerhöhungen gerade darin, daß sie den Absatz ermöglichen und damit von der Industrie als möglich bezeichnete Produktionssteigerungen erst her vorrufen.

Von einer Schraube ohne Ende zu sprechen ist auch deswegen falsch, weil beliebige Preiserhöhungen durch den Unternehmer bei der augenblicklichen Gefahr der internationalen Konkurrenz einfach unmöglich sind. Es ist ja der Sinn einer technisch stabilisierten Währung — und daß unsere Währung „technisch stabilisiert“ ist, gibt ja auch Herr Dr. Meißinger zu — daß sie für das inländische Preisniveau eine Höchstgrenze schafft, über die hinaus wegen Konkurrenzgefahr durch das Ausland der Unternehmer mit seinen Preisen nicht gehen kann.

Hier ist übrigens ein zweiter Punkt, an dem nachzuweisen ist, wie Nominallöhnerhöhungen zu einer Produktionssteigerung führen müssen. Weil nämlich Lohn erhöhungen nicht beliebig auf die Preise draufgeschlagen werden können wird der Unternehmer bei jedem Anwachsen des Lohnkontos immer wieder aufs neue gezwungen, zu überlegen, wie die übrigen Unkostenkonten herabgemindert werden können. Das kommt zurück auf die übrigen Konten im Stile einer Rationalisierung und der Ausmerzung von unnötigen Kosten. Wir können an Vergleichen mit ausländischen Volkswirtschaften feststellen, daß noch manche internationale Masse in unserer Volkswirtschaft vorhanden sind. Das freie Spiel der Kräfte hat die viel zu vielen Handelsunternehmungen und Banken, die großen Handelszwischen spannen und die überflüssigen, mit viel Luxusverbrauch der Unternehmungsleitungen belasteten Unkostenkonten nicht beseitigt. Die Durchführung dieser überflüssigen Unkosten auf ein berechtigtes Maß ist nur von einer Erhöhung der Nominallöhne zu erhoffen. Tritt durch Nominallöhnerhöhungen eine bessere Rationalisierung der Wirtschaft ein, so bedeutet das aber gleichzeitig eine Produktionssteigerung.

Wir sehen also, daß Herr Dr. Meißinger mit seiner Behauptung von der „unheimlichen“ Gütervorstau und der kommenden „Geldentwertung“ infolge Lohn erhöhungen unrecht hat. Nominallöhnerhöhungen schaffen vielmehr erweiterten Absatz, rufen damit ertragreiche Produktion hervor (bei fallender Kaufkraft) und überzeugen einen notwendigen Druck aus sowohl in der Richtung der Steigerung der Unternehmensleistung, als auch durch Inflationspreisen derjenigen Unkostenkonten in den Betrieben und in der gesamten Volkswirtschaft, auf denen die „Luxusausgaben“ für eine zu vermeidende Misserfolg verbucht sind. E.R.

als es sich um durchweg ungünstigste Kriegskapitalien handelt, die zu vergessen waren.“ Es ist bemerkenswert, daß diese Feststellung von einer den Unternehmern sehr nahestehenden Seite gemacht wird. Die Aktionäre mancher Unternehmungen halten sich also für berechtigt, den doppelten Verdienst der Kriegszeit als das Normale zu beanspruchen. Selbstverständlich befinden sich die Verwaltungen der Gesellschaften, um diesen Anspruch des Kapitals zu befriedigen. Wie verträgt sich aber der Dividendenzweck mit den Kosten der Unternehmung über die so hohe Belastung? Wie vertragen sich die glänzenden Abschläge der Betriebe mit der Tatsache, daß der Reallohn bei deutschen Arbeitern besonders schwer in der Textilindustrie, weit unter dem Friedensstand liegt?

In den größeren Textilunternehmungen sind die Erfahrungen so erfolgt, daß die wirklich erzielten Gewinne nicht in Erscheinung treten. In diesem Mittel der Verkleinerung der Gewinne wird gegriest, damit bei den Lohnforderungen der Arbeiter die Werke mit dem Druckmittel operieren können, die Rentabilität der Werke könnte eine weitere Belastung nicht ertragen. Mit diesen Praktiken sucht man die Daseinsfähigkeit, die sich ja sonst für die erzielten Gewinne etwas mehr interessieren könnte, zu täuschen. Auch will man damit jede Anstrengung unter der Arbeiterschaft der Werke von vornherein verhindern. Die Arbeiter und ihre Gewerkschaften lassen sich über davon nicht im mindesten aufhalten, die berechtigten Forderungen der Arbeiter in Bezug auf Arbeitszeit und Lohn müssen wieder zu ziehen, und wenn es sein wird, auch mit dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel durchzugehen.

Dreise und Löhne

Im Reichswirtschaftsrat hat dieser Tage der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhans eine bedeutende Rede über die derzeitige Lage der deutschen Wirtschaft

Soziallasten in unserer gegenwärtigen Wirtschaftslage um dann tragen lassen, wenn sie nicht zu einer Erhöhung der Preise führen, so ist dem zugestimmt. Umgekehrt ist aber ebenso richtig, wenn in der Aussprache der Zentrumsabgeordnete Schlack betonte: „Industrie und Gewerbe sind geneigt, die schlechten Ergebnisse der Wirtschaft allein vom Standpunkt der Höhe der Löhne und Gehälter aus zu betrachten. Die Löhne und Gehälter müssen so weit erhöht werden, als die Gewinnquote der deutschen Wirtschaft es zuläßt. Um den Lehrlauf der deutschen Wirtschaft zu befreien, ist eine kaufkräftige Verbraucherseite notwendig. Nicht die Höhe des Gewinns ist Voraussetzung für die Hebung der Wirtschaft, sondern eine vollbeschäftigte Industrie. Ein guter Binnenmarkt ist auch die Voraussetzung für die Wiedereroberung des Auslandsmarktes. Angeleis der Unzulänglichkeit der heutigen Löhne und Gehälter in der Privatwirtschaft sind deshalb die Ausführungen des Ministers geradezu bedauerlich, und ich lege im Namen meiner Freunde dagegen auf, das entschiedenste Verwahrungh ein. Höhere Löhne werden eben zu jener höherentwickelten Betriebe führen müssen, von denen oben der Minister sprach. Hier wird mancher Unternehmer noch sein Meisterstück zu bestehen haben.“

Weiter betonte dann der Reichswirtschaftsminister noch die Notwendigkeit einer Umstellung großer Erzeuger- und Händlerkreise, die auch heute noch an der Inflationsauffassung festhielten, daß es besser sei, ein geringes Warenquantum teurer als ein größeres billig zu verkaufen. Mit zwangs wirtschaftlichen Mitteln auf dem Preisgebiet — darunter fällt auch die Preisprüfungsverordnung — sei allerdings nichts zu erreichen. Das Wesentliche bleibe einerseits die Herabsetzung der Selbstkosten, andererseits die Zulassung geunder Konkurrenz. Zu diesen Sätzen bringt die „Kölner Zeitung“ (Nr. 281) einen Begleitartikel, aus welchem nachstehende Sätze verdienen, ganz besonders beachtet zu werden:

Man muß die Versuche, immer wieder die Löhne als die Hauptfeind an der Besteuerung der Waren hinzustellen, zurück weisen. Gerüste bilden die Löhne für eine Reihe von Erzeugnissen den Hauptbestandteil der Kosten, gewiß kann eine Erhöhung des Lohnniveaus nicht ohne Einfluß auf das Preisniveau bleiben. Aber die Niederhöhung unseres Preisniveaus läßt sich zum entscheidenden Teil doch nicht auf eine entsprechende Überhöhung unserer Löhne zurückführen. Unsere Löhne liegen im Durchschnitt unter denen des Weltmarkts, insbesondere auch unter den Löhnen der Länder, die uns gleichwertige Waren zu niedrigeren Preisen liefern. Auch die Besteuerung rechtfertigt die Preisunterschiede, die tatsächlich vorkommen, nur in sehr begrenztem Maße. Die Wahrheit ist, daß sich das Gesetz von Angebot und Nachfrage bisher noch nicht in dem Maße in der Praxis hat durchsetzen können, daß es wirklich zu einer Aushebung aller nichtwendigen Erzeugungskosten gekommen wäre. Noch zu viele und zu starke Kräfte rechnen damit, daß auf dem Wege des Kredits übersteigerte Preise zu halten wären, daß die Verluste der Inflationszeit in kurzer wieder eingeholt werden könnten. Beide Erzeuger- und Händlerkreise können sich noch nicht dazu entschließen, das freie Kapital, das sie während der Inflation aus flüssigen Mitteln zum Schutz gegen Entwertung gebildet haben, wieder in flüssiges Kapital zurückzuführen. Der Ruf nach Kapital, d. h. an flüssigen Betriebsmitteln, dürfte sich auf diese Weise zu einem entscheidenden Teil ausgleichen lassen. Es ist nicht alles Substanz, was als losche ausgegeben und zu halten versucht wird. Für eine staatliche Wirtschaftspolitik, die sich grundsätzlich gegen die Zwangswirtschaft ausrichtet, ist es nur in bescheidenem Maße möglich, gegen diese im Schwerpunkt bei der Privatwirtschaft liegenden Preisversteuerungen in denzen anzugehen. Das wichtigste Mittel dürfte immer noch in einer grundsätzlichen freiändlerischen Handelspolitik zu finden sein. Erst wenn in größerem Maße billiger Waren aus dem Ausland auf dem Markt erscheinen, lösen sich die volkswirtschaftlich unproduktiven Kartelle auf, verschwinden die in der Inflation zusammengekauften sogenannten Komazine und mit auch die Kalkulationsmethoden der Privatwirtschaft ein undigen Wiederaufzug.

Diese Ausführungen, die den Magazin auf den Kopftreffen, finden sich in einem Blatte, dem sowohl nach seinem politischen als seinem wirtschaftlichen Charakter ganz gemeinsame Abneigung gegen jene Erzeuger- und Händlerkreise zu zuwerfen ist, gegen deren unwirtschaftliche und deshalb allgemein schädliche Praxis es sich mit so mancherlei Entschiedenheit wendet. Nicht der Grundsatz darf die Regel sein: kleiner Umsatz — großer Nutzen, sondern jene muß gelten: wiederholter und großer Umsatz — kleiner Nutzen. Nur dann erhalten wir billigere Preise, bei denen gleichwohl Erzeuger und Händler bestehen können, bei denen jedoch die Kaufkraft steigt und das gesamte Wirtschaftsleben neue Akte erhielt. v.B.

Die Hand- und mechanische Hausweberei in der Seidenindustrie links des Niederrheins.

Seit Einführung des mechanischen Webstuhles muß die Handweberei immer mehr die Waffen strecken. Der mechanische Fabrikbetrieb hat die Handweberei im Handstall völlig verdrängt. Von Bedeutung für diesen Zweig der Seidenindustrie sind zwei Orte des linken Niederrheins. In Nieuwkerk stehen noch etwa 40 und in Issum rund 80 Handstühle. An anderen Orten sind nur vereinzelt Handstühle anzutreffen. Meist ältere Leute haben der Handhausweberei die Treue gehalten. Ein ganzes Menschenalter 40, 50 und noch mehr Jahre haben sie sich „vom Leben“, so gut es ging, ernährt. Als Schulkinder haben diese alten Leutchen schon das Spulrad bedient. Gute und schlechte Konjunkturen konnten sie erleben. Doch ist in Erinnerung der Anfang der Fabrikanten im Geschäftsbüro: „Lohn ohne Verbindlichkeit!“ oder der Bemerk auf dem Schreiberbrief: „Lohn vorbehalten.“ Das ist noch bekannt der Liefertag der alten Zeit, der oft ein Schreckstag war. Bei schlechter Beschäftigungslage waren die Lohnzusage für fehlerhafte Ware, auch wenn die Fehler geringfügig waren, ganz erheblich. Nach Stundenlangem Warten im Flur des Geschäftshauses war es möglich, daß von einem erhöhten Lohn in Höhe von 30 M. nur 20 M. bezahlt wurden in die Tasche des Webers fanden. Diese hohen Zeiten gehören nunmehr der Vergangenheit an.

Die Handhausweberei sind nach dem Kriege restlos den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands beitreten. Dieser ist seit Jahren bestrebt, die Lohnverhäl-

nisse der Hausweber zeitgemäß zu regeln. Manche Verbesserungen wurden erzielt. Da in der Handhausweber vorwiegend Schirmstoffe hergestellt werden, ging das Bestreben zunächst dahin, eine einheitliche Grundlohnliste für Handschirmstoffarbeiter zu schaffen. Eine einheitliche Grundlohnliste, worin der Mindestlohn für die einzelnen Artikel pro Meter festgelegt ist, besteht heute. Die Leistung von Nebenarbeiten wurde vor dem Kriege nicht bezahlt. Die Grundlohnliste dagegen sieht vor, daß Kammein- und -aushängen, Bäumen, Andreien, Passieren, Riststechen, Harnischab- und -aushängen besonders vergütet wird. Ein Vorteil, der lange und sogar wochenlanges Umtarbeiten verhindert. Immerhin hat der Handhausweber noch manchen Nachteil gegenüber dem Fabrikweber. Mit dem Arbeitgeberverband der rheinischen Seidenindustrie besteht für die mechanischen Seidenstoffweber ein Lohnabkommen, wonach 75% der Beschäftigten einer bestimmten Akkordrichtung erreichen müssen. Die Grundlohnliste der Handwerker hält sich auf dem reinen Leistungsprinzip auf. Außerdem sieht das Lohnabkommen für die Fabrikweber Vergütungen vor für Warten auf Material, Arbeitsunterbrechungen und Reparaturen am Stuhl, den Arztgang und die Pausenlizenzen. Die Verdienste der Hausweber sind ebenfalls nicht so hoch wie im Fabrikbetrieb. Bei zehnstündiger Arbeitszeit läuft sich schwierig 30 M. Bruttoverdienst pro Woche erzielen. Für Spulsohn, Heizung, Beleuchtung, Miete für den Webraum, Unterhaltung und Instandhaltung sowie für Verzinsung und Amortisation des Stuhles muß der Weber wöchentlich den Betrag von 6-7 M. auslegen. Sollen höhere Verdienste erzielt werden, so muß der Arbeitstag auf 12 bis 14 Stunden ausgedehnt werden. Der Akkord durchschnittsverdienst des Einstuhlwobers im Fabrikbetrieb beträgt nach den zuletzt angestellten Ermittlungen 57 Pf. pro Stunde, somit bei 54 stündiger Arbeitszeit 30,78 M. pro Woche, der des Zweistuhlwobers schmal 68 Pf. pro Stunde oder bei 54 stündiger Arbeitszeit 36,72 M. pro Woche.

Die Arbeiter in den Betrieben der rheinischen Seidenindustrie erhalten in jedem Jahr sechs Tage Ferien. Vor Ablauf der Ferien wird der Zeitlohn einer Arbeitswoche als Ferienvergütung bezahlt. Der Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands hat wiederholt bei den Arbeitgebern der Handhausweber Ferien beantragt. Die Arbeitgeber haben bislang diesen Antrag strikte abgelehnt. Der Handhausweber kennt deshalb keine Ferien. Will er einige Tage im Jahr ausspielen, so steht ihm das frei, für die Ferientage bekommt er aber keine Vergütung.

Wesentlich besser ist die Lage der mechanischen Hausweber. In St. Louis, Schiebahn, Kheyde, Odenkirchen, Tischeln und Hüls, sowie vereinzelt an einigen anderen Orten sind etwa 200 mechanische Stühle im Betrieb. Die mechanische Hausindustrie stellt Krawatten-, Schirm-, Kleider- und in geringerem Umfang Vorarmenstrümpfe her. Die Lohnverhältnisse werden durch Vereinbarung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands mit den Arbeitgebern der mechanischen Hausindustrie geregelt. Die Verdienste der mechanischen Hausweber sind ebenso hoch, teilweise noch höher als im Fabrikbetrieb. Die Arbeitszeit ist im allgemeinen nicht länger als 54 Stunden pro Woche. Für das Jahr 1925 sind auch Ferien vereinbart. Es wurde folgendes Ferienabkommen getroffen:

1. Jeder Arbeitnehmer der mechanischen Hausweber erhält in der Zeit vom 1. Juni bis 30. September 1925 sechs Tage Ferien.
2. Die Ferien beginnen möglichst einheitlich mit dem Ferientermin der Kreisfelder Textilindustrie.
3. Für die Ferienzeit wird 30 M. pro Stuhl vergütet. Feriengeld wird für die Stühle bezahlt, die am 1. Mai 1925 in Betrieb sind.
4. Nach dem einheitlichen Ferientermin erhalten nur noch kranke Ferien, und zwar nach Wiederaufnahme der Arbeit, sofern diese noch im Laufe des Jahres 1925 erfolgt.
5. Eine Abgeltung der Ferien in Geld ist nicht statthaft. Leistung produktiver Arbeit während der Ferien oder die Vergütung anderer Personen auf Stühlen, wofür Ferienvergütung gezahlt wird, zieht den Verlust des Feriengeldes nach sich.
6. Über alle Streitigkeiten, die sich auf Grund dieses Abkommen ergeben, entscheidet die partikuläre Tarifkommission.

Krefeld, den 27. 1. 1925.

Für die Arbeitgeber:

E. Joel
Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands:

Karl Dörpinghaus.

Allgemein sei noch bemerkt: Die wirtschaftliche und soziale Lage der mechanischen Hausweber weicht wesentlich von der Handhausweber ab. Für leichtere, im Laufe der Jahre sicherlich mancher Vorteil erzielt worden. Immerhin bedarf es noch recht vieler Arbeit, um auch für die Handhausweber menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen.

R. Dörpinghaus.

in der Großstadt, in den Mittel- und Kleinstädten, sowie in den vom Verkehr weit ab liegenden, rein ländlichen Landgemeinden.

Der Herstellungsprozeß einer Perlatasche ist ziemlich einfach. Man läßt durch einen Meisterzeichner eine Zeichnung, die sogenannte "Patrone" anfertigen. Nach dieser Patrone werden die Glasperlen, die in kleinen Häuschen gesondert nach den für das betreffende Muster erforderlichen Farben auf dem Tisch liegen, „gesetzt“. Die Strickerin sitzt solange in das Verleihndüschen, bis der Zeichnung entsprechend die erforderliche Anzahl Perlen aufgenommen sind. Von der Stahlnadel werden die Perlen dann auf den zu verstrickenden Seidenfaden geschnitten. Der Seidenfaden mit den Perlen wird auf einen Knäuel gewunden, und nun kann mit dem Stricken ebenso begonnen werden, wie es bei einem gewöhnlichen Strumpf der Fall ist. Die Strickerin hat nur darauf zu achten, daß mit jeder Masche eine Perle eingestrickt wird.

Das Fassen und Stricken der Perlen muß heute noch mit der Hand geschehen. Trotz aller technischen Errungenschaften ist es bisher nicht gelungen, eine Perlataschenstrickmaschine zu konstruieren. Weil der Herstellungsprozeß ohne jede maschinelle Einrichtung möglich ist, also lediglich auf Handarbeit beruht, ist auch die Konkurrenz sehr schärfer. Besonders augenfällig ist dies in der Inflationszeit zu Tage getreten. Hunderte von Unternehmungen wuchsen aus der Erde und ruinieren das Geschäft. Der größte Teil dieser Inflationsbetriebe ist zwar wieder von der Bildfläche verschwunden, aber es gibt auch heute noch Strickerinnen, die sich die notwendige Seide und die Perlen selbst kaufen, irgend ein Muster nachahmen und die fertigen Taschen durch eine Mittelperson an einen Großhändler verkaufen.

Diesen Verhältnissen entsprechend sind auch die Löhne, welche für das Stricken bezahlt werden. Eine gewöhnliche Strickerin wird kaum über einen Stundenlohn von 15 Pf. hinauskommen. Dabei muß berücksichtigt werden, daß die Seide Strickarbeit außerordentlich anstrengend ist. Besonders leiden bei dieser Arbeit die Augen. Viele Strickerinnen klagen nach zehnstündiger Arbeitszeit über Schmerzen im Rücken und im Genick.

Die sozialen Verhältnisse der Perlataschenstrickerinnen sind keine einheitlichen. Während früher manche Strickerin Perlataschen strickt, um neben den ausreichenden Einnahmen der Familie noch ein besonderes Taschengeld zu verdienen, dürfen jedoch heute die Strickerinnen in ihrer überwiegenden Mehrzahl die Einnahmen als notwendigen Bestandteil des Familieneinkommens brauchen. Eine ledige Person verdient nicht so viel, daß sie davon leben kann. Verheiratete Frauen mit kleinem Haushalt oder Familienangehörige von Kleinbauern stellen das Hauptkontingent.

Das wichtigste Absatzgebiet für die Perlataschen ist Amerika. In Deutschland werden die Perlataschen als Luxusartikel behandelt und sind dementsprechend mit Steuer beladen. Das ist in Amerika nicht der Fall.

Perlataschen werden außer in Deutschland auch in Italien, Österreich und in der Tschechoslowakei hergestellt. Da Italien die Seide und die Tschechoslowakei die Glasperlen selbst produzieren, sind diese Länder der deutschen Produktion, welche die genannten Rohstoffe einführen muss, um manches vorzu. Wenn sich die Perlataschenstrickerei in Deutschland erhalten soll, ist es notwendig, die produktionshemmende Steuer zu beseitigen.

Für die in Betrieben tätigen Perlataschenstrickerinnen gelten ab 18. Januar 1924 untenstehende Löhne. Der größte Teil der Strickerinnen ist nicht mehr organisiert. Tarife werden darum nicht abgeschlossen.

I. Stundenlohne:

mit 14 Jahren	7 Pf.
" 15 "	8 "
" 16 "	10 "
" 17 "	11 "
" 18 "	13 "
" 19 "	15 "
" 20 "	16,5 "

II. Stücksätze für Gesetzten:

für 10000 Berlin Nr. 18 82,5 Pf.

III. Stücksätze für Strickerinnen:

für 150 Mädchen p. Gang 1,04 Pf. für 280 Mädchen p. Gang 2,34 Pf.

160	1,16	290	3,53
170	1,21	300	3,71
180	1,42	310	3,84
190	1,52	320	4,02
200	1,65	330	4,14
210	1,77	340	4,32
220	1,89	350	4,45
230	2,01	360	4,58
240	2,43	370	4,80
250	2,67	380	4,86
260	3,10	390	5,06
270	3,23	400	5,18

Hermann Kämmerer.

Sachzeitschrift und Beruf.

Von Dipl. Ing. Mangold.

Unser ganzes Wirtschafts- und Kulturleben ist heute mehr denn je in einer fortwährenden Entwicklung begriffen. Heute darf und kann niemand mehr auf dem, was er gelernt hat, aufstehen, wollen und sich einbilden, nun würde er schon sein Horizont einkennen. Nein, in welchem Beruf und in welchem Arbeitsverhältnis er auch stehen mag, seine müssen er seine Kenntnisse ergänzen und erweitern. Soll er das nicht so tödlich bald merken, daß ihn andere, die sich besser der modernen Entwicklung anzupassen wissen, an Kenntnissen und bald auch in ihrer Lebensstellung überholen.

Diese Worte haben besondere Bedeutung für alle die, die in der Technik und Industrie ihren Lebensberuf haben. Wir alle wissen ja, wie rasch hier die Entwicklung in den letzten Jahren vor sich gegangen ist, und wie heute die Verhältnisse liegen, ist damit zu rechnen, daß sie in Zukunft noch rascher vor sich gehen wird.

Die einzelnen Zweige der Technik greifen immer mehr ineinander über und hängen eng miteinander zusammen. Wir müssen nur eines heraus greifen: Fördertechnik und Elektrotechnik. Unsere so manigfältigen und in jeder Weise bis ins feinste arbeitenden Hebezeuge wären ohne die Entwicklung der Elektrotechnik gar nicht möglich. Dasselbe gilt für alle anderen Zweige der Technik und Kultur. Sie betrachten und fördern sich gegenseitig.

Kein Menschengeist kann heute mehr auch nur eines der großen Leidgebiete der Technik, wie Maschinenbau, Elektrotechnik, Bauwesen usw., wirklich beherrschen. Eine weitergehende Unterteilung müßte hier Platz greifen. Einiges ganz ähnliches gilt für die Volkswirtschaft und die anderen Gebiete unseres geistigen Wissens.

Um so mehr hat deshalb jeder heute die Pflicht, sich einen Überblick darüber zu verschaffen, wie sich sein Spezialgebiet, auf dem er tätig ist, in den Rahmen der gesamten Technik und Industrie einpaßt. Nur so ist er in der Lage, die Fortschritte der gesamten Kultur und Technik nutzbringend auf sein Arbeitsgebiet auszuwirken, und sich damit auch selbst voranzubringen. Tut er das nicht, so hat er die Folgen sich selbst zugeschrieben.

Es ist deshalb das Lesen der Tageszeitung, der Standes- und Fachzeitschriften kein Luxus, sondern Notwendigkeit, die zum heutigen Leben gehören. Der geistige und beruflich vorwärtsstrebende Mensch wird aber auch das Verlangen haben, seine Kenntnisse zu erweitern und zum Segen seiner Mitmenschen anzuwenden. Wir müssen und wollen aufwärts strebende Menschen sein.

Die regelmäßige berufliche Fortbildung kann nur durch die Fachzeitschrift erfolgen, die jeweils dem in Frage kommenden Berufstand angepaßt sein muß. Glücklich ist der Beruf, der eine gut geleitete und den Bedürfnissen der Mitglieder angepaßte Fachzeitschrift besitzt.

Seit etwas über Jahresfrist erscheint in Düsseldorf, Sternstraße 71, eine Wochenschrift „Chronik der Arbeit“, die in denkbar bester Weise den Anforderungen genügt, die der Werkmeister und Arbeiter stellen muß. Aus diesem Grunde wurde sie auch offizielle Fachorgane des Deutschen Werkmeister-Bundes. Erste Kenner und Fachleute aus allen Gebieten der Technik und Wirtschaft bilden den hervorragenden Mitarbeiterkreis, der der „Chronik“ zur Verfügung steht. Die interessanten und jederzeit verständlichen Aufsätze werden vielfach durch gute Abbildungen in vorzülicher Weise ergänzt. Entsprechend den heutigen Wirtschaftsverhältnissen ist besonders der „Technischen Betriebswirtschaft“ ein wesentlicher Anteil gewidmet. Da alle Gebiete der Technik zur Bearbeitung kommen, so ist der Leser vielfach in der Lage, sich Verbesserungen anderer Betriebe als Anregung für den eigenen Betrieb dienen zu lassen.

Freudlings ist der „Chronik der Arbeit“ eine regelmäßige erscheinende Patentfachzeitschrift, die von einem bekannten Patentamtwall bearbeitet wird. Die Schriftleitung steht den Abonnenten der „Chronik“ jederzeit mit Rücksicht und Rat bei eigenen Erfindungen kostenlos zur Verfügung.

Für den billigen Bezugspreis von 1 Mark monatlich (die Zeitschrift ist durch die Post zu bezahlen) erhält der Werkmeister und vorwärts strebende Arbeiter in der „Chronik der Arbeit“ eine Fachzeitschrift, die sich seinen Wünschen im Umgang und Darstellungsweise anpaßt und von ihm gerne gelesen wird. Ein Beweis dafür sind neben der ständig steigenden Verbreitung die Urteile, die die Schriftleitung von ihrer Leserschaft erhält.

Die christlichen Gewerkschaften von Württemberg und Baden zur Steuerfrage.

Vom 27. bis 29. April tagte in Stuttgart eine zahlreich besuchte Konferenz christlicher Gewerkschaftsführer aus Württemberg und Baden, die neben anderen wichtigen volkswirtschaftlichen Zeitfragen auch die Steuerreform eingehend behandelte. Ihrer Ansicht und ihrem Willen zur Neugestaltung der Reichssteuergesetze wurde durch einstimmige Annahme nachstehender Entschließung Ausdruck gegeben:

Die Konferenz erhebt energisch Einspruch gegen das Vorhaben der Reichsregierung, bei der Neugestaltung der Steuergesetze die minderbemittelten Schichten der Lohn- und Gehaltsempfänger des Mittelstandes wie der Verbraucher in ungetreuer und unsozialer Weise untragbar zu belasten, während der Bettig und die hohen Einkommen noch weit mehr als bisher gehont werden sollen. Auch nach den Beschlüssen des Reichsrats ist der unsoziale Charakter der Gesetzesvorlagen im allgemeinen bestehen geblieben. Nicht einmal die Verbesserungsvorschläge des Reichswirtschaftsrats wurden voll berücksichtigt. Eine solche höchst ungerechte Gestaltung der Steuergesetze ist für die breiten Schichten der minderbemittelten ganz untragbar. Das Vorhaben der Regierung wirkt aufreizend und verhindert die weitere Gesundung der innerpolitischen Verhältnisse. Die massenbelastenden Verbrauchssteuern wie die Lohnsteuer haben im laufenden Steueraufkommen in ganz überwiegender Weise das Steueraufkommen aufgebracht. Im Inflationsjahr 1923 haben die Lohn- und Gehaltsempfänger allein die Steuern wertbeständig bezahlt, während das fiktivierte Einkommen fast gänzlich unabgeltet blieb. Unter Berücksichtigung dieser tatsächlichen Verhältnisse ist eine sozialere Gestaltung der Steuergesetze unbedingt zu fordern. Das entgegengesetzte Vorhaben der Reichsregierung wird entschieden verurteilt und bekämpft.

Die Konferenz fordert und erwartet vom Reichstag die volle Berücksichtigung der vom Deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellten wohlbegründeten Forderungen bei der endgültigen Gestaltung der Steuergesetze. Sie richtet an alle der christlichen Arbeiterbewegung nahestehenden Reichstagsabgeordneten den dringenden Appell, ihre ganze Kraft einzulegen zur Versicherung dieser Forderungen.

Allgemeine Rundschau.

Bildungskurs.

Vom 28. Juni bis 24. Juli 1925 findet ein volkswirtschaftlich-sozialer Bildungskursus an der Evangelisch-Sozialen Schule in Spandau (Johannesstift) statt. Das Programm bietet jedem Teilnehmer die Möglichkeit, sich in die Fragen der Wirtschaft, des Arbeitsrechts, der Gewerkschaftsbewegung gründlich einzuarbeiten.

Beschäftigte jüngere Kollegen und Kolleginnen, welche die Absicht haben, sich für ihren Stand im öffentlichen Leben opferfrei einzugeben, mögen diese Gelegenheit benutzen, sich die nötige Ausbildung und Anleitung dafür zu verschaffen.

Auskunft und Programme sind erhältlich durch die Verwaltung der Evangelisch-Sozialen Schule. Anmeldung mit Lebenslauf ist rechtzeitig vorausdrücklich zu richten.

Ein neuer Bundesgenosse ist der christliche Gewerkschaftsverein Deutschlands in dem soeben erschienenen ersten Heft der Zeitschrift „Der deutsche Kraftfahrer“, Organ des Verbandsverbundes deutscher Kraftfahrer.

Die Perlataschenstrickerei in Württemberg.

Genaue Zahlen über die Bedeutung und den Umfang der württembergischen Hausindustrie und ihrer Produktionskräfte legen bedauerlicherweise zur Zeit nicht vor. Heute ist es insbesondere ein dringendes Bedürfnis, nachdem Krieg und Inflation eine Umschichtung in allen Gewerbearten hervorruft, eine zuverlässige und umfassende Erhebung durchzuführen. An diesen Erhebungen sind sowohl Arbeitgeber wie Arbeitnehmer starkstens interessiert. Sie erhalten durch eine wichtige Übersicht über den Stand und die Ausichten des Gewerbes. Von Bedeutung sind diese Erhebungen aber auch für die weiteste Öffentlichkeit, für den Staat, die sozialen Organisationen und ebenso für die Wissenschaft.

Die in der württembergischen Hausindustrie beschäftigten Personen können nur schätzungsweise angegeben werden. Die erzielten Ergebnisse weichen zwar beim Vergleich mit den Jahren 1912 vom württembergischen Gewerbeaufzählsamt festgestellten Zahlen ab. Daraus hin überdürfen die neueren Angaben die wahren Verhältnisse widerz spiegeln. In der württembergischen Perlataschenindustrie sind etwa 8-10 000 Personen beschäftigt. Davon entfallen auf die Perlataschenstrickerei ca. 2000 Beschäftigte. Der Hauptzweig dieser Industrie liegt in den Oberämtern Göppingen, Sindelfingen und Stuttgart. Von diesen Städten aus verteilen sich ihre Filialen strahlend über das ganze Land. Sie beschäftigen Strickerinnen,

erstanden. Die sehr ansprechende Zeitschrift, die monatlich einmal in einem Umfang von 20 Quartalen erscheint, wird den Mitgliedern des Berufsverbandes deutscher Kraftfahrer kostenlos geliefert. "Der deutsche Kraftfahrer" ist in die Postzeitungsliste eingetragen und kann zum Preis von Mark 1,50 vierteljährlich bezogen werden. Erscheinungsort ist Berlin.

Die gewerkschaftlichen Spartenverbände.

Vielzahl herrscht noch eine völlig unklare Kenntnis über die gewerkschaftlichen Spartenorganisationen, ihre Richtung und Gliederung. Nur so können den christlichen Gewerkschaften oftmals Dinge unterstellt werden, die ihrer ganzen Grundstellung zuwiderrufen. Wir haben in Deutschland drei Gewerkschaftsbünde oder Spartenorganisationen, den sozialistischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (freie Gewerkschaften, ADGB), den "Deutschen Gewerkschaftsbund" (christlich-national, DGB) und den "Gewerkschaftsring" (christlich-Dächer, GD). Alle drei haben das gemeinsam, daß sie sich gemäß ihrer Zusammenfügung in eine Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenfamilie gliedern. Dem ADGB gehören an die "freien" (Arbeiter-) Gewerkschaften, der "Allgemeine freie Angestelltenbund" (Afa) und der "Allgemeine Deutsche Beamtenbund" (ADB). Zum DGB zählen der Gesamtverband der christlichen Arbeitergewerkschaften, der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften (Gedag) und der Gesamtverband deutscher Beamten-Gewerkschaften (Gdv). Dem Gewerkschaftsring sind angeschlossen der Verband der deutschen Gewerksvereine (H.-D.), der Gewerkschaftsbund der Angestellten (GDH) und der Ring Deutscher Betriebsverbände (Ring). Außerhalb dieser drei Großorganisationen stehen der sich neutral nennende "Deutsche Beamtenbund", der Reichsbund der höheren Beamten, die Vereinigung der leitenden Angestellten in Handel und Industrie (Vela), die Arbeitsgemeinschaft der Fachgewerkschaften (Adfa) und der Deutsche Faktorenbund (D. B.). Der Nationalerverband deutscher Berufsverbände (gelb) kommt als gewerkschaftliche Organisation nicht in Frage.

Goldene Regeln.

Nachstehende "Goldene Regeln" hat nach der "Internationale Rundschau der Arbeit" ein amerikanischer Unternehmerverband für seine Mitglieder herausgegeben:

1. Benutze die "Goldenen Regeln" in allem Verkehr mit deinen Arbeitern.
2. Erhalte tüchtige Arbeiter durch anständige Mittel dem Gewerbe.
3. Du hast die Pflicht, in guten und schlechten Zeiten Lehrlinge heranzubilden, damit die Nachfrage nach gereiteten Kräften befriedigt werden kann.
4. Die Lohnsätze sollen auf der Grundlage des höchstmöglichen festgesetzt werden, das du zahlen kannst, um deinem Wettbewerber zu können. Der Lohn soll ausreichen, nicht nur, um den Lebensunterhalt zu gewähren, sondern auch um einen Überschuss zu gewähren für Erholung, Fortbildung und Notfälle.
5. Schaffe Arbeitsbedingungen und eine Umgebung, die der Gesundheit und dem Glück deiner Arbeit dienlich sind.
6. Es ist deine Pflicht, zu versuchen, den Standpunkt und die Fragen, die deine Arbeiter einnehmen oder beschäftigen, zu verstehen und ihnen die wirtschaftlichen Grundzüge klarzumachen, nach denen wir unsere Entscheidungen und Handlungen errichten.
7. Es ist deine Pflicht, die Arbeit so einzuteilen, daß das Personal dauernd beschäftigt werden kann und Überstunden möglichst vermieden werden.
8. Arbeitsspendende und Schutzseinrichtungen sind für die Gesundheit der Beschäftigten und für die Industrie selbst notwendig.

Ein neues Gesetz über die Todeserklärung Kriegsbeschädigter.

Vom Centralverband Deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener e. V., Berlin N. O. 18, Große Frankfurter Straße 53, wird uns mitgeteilt: Mit Wirkung vom 1. März 1920 ist ein neues Gesetz über die Todeserklärung Kriegsbeschädigter in Kraft getreten. Die wesentlichen Bestimmungen desselben lauten: Als Todeszeit ist der 10. Januar 1920 anzunehmen. Wird ein rechtliches Interesse an der Annahme einer anderen Todeszeit glaubhaft gemacht, so ist der Zeitpunkt, in dem der Antrag zur Todeserklärung gestellt ist, oder, wenn der Beschuldigte seit einem besondern Kriegereignis (einem Gefecht, einer Sprengung, einem Schiffsunfall oder Vergleich) an dem er beteiligt war, vermischt wird, der Zeitpunkt der Ereignisse als Zeitpunkt des Todes anzunehmen, sofern nicht die Ermittlungen eine andere Annahme rechtfertigen. Solange nicht die Todeserklärung erfolgt ist, wird das Vorlieben des Beschuldigten bis zum 10. Januar 1920 oder bis zu dem Zeitpunkt vermutet, der in Ermangelung eines anderen Ergebnisses der Ermittlung als Zeitpunkt des Todes anzunehmen ist. Ist in einem nach den Vorschriften dieser Beweisung erlassenen Ausführungsurteil der Zeitpunkt des Todes festgestellt, so hat das Gericht die Feststellung auf Antrag zu berichtigten, wenn ein rechtliches Interesse an der Annahme einer anderen Todeszeit glaubhaft gemacht wird. Ist der Zeitpunkt des Todes richtig festgestellt, so kann die Verhängung auch von Anklage wegen erfolgter Anfechtungslage nicht statt. Ein vor dem Inkrafttreten bereits eingeleitetes Aufhebungsverfahren ist nach den bisherigen Vorschriften zu erledigen, es sei denn, daß sich der Antragsteller auf die Vorschriften dieses Gesetzes beruft.

Aus der Textilindustrie.

Von der Erzeugung der Kunstseide.

25 Jahre ist die Fabrikation der Kunstseide anzusehen als ganz neuen Aufgang hat sie sich zu einem Produktionszweig entwickelt, der den der natürlichen Seide an Produktion fast um das Doppelte übertrifft. Monatlicher Durchsatz, der die Kunstseide vor der Naturseide voran hat, haben dazu beigebracht, vor allem der höhere Glanz und die bessere Durchbarkeit. Auch von einer größeren Haltbarkeit wird sie und da gesprochen, obwohl in dieser Beziehung nicht alle Kunst- und alle Naturseiden gleich sind.

Es gibt hier verschiedene Verfahren, nach denen die Kunstseide hergestellt wird, von denen aber mindestens zwei als veraltet angesehen werden müssen, während ein drittes erst noch die Bedeutungserhöhung erlangt hat. Weit wird hauptsächlich das Isocyanatverfahren angewandt. Der Grundstoff dieses Verfahrens ist Zellstoff, der mit Nitrochlorid und Schwefelsäurestoff behandelt wird. Der Durchgang dieses Verfahrens ist vor allem seine große Geschwindigkeit. Im allgemeinen geht es sich auch um billigeren, weniger natürlich die mehrere niedrige Herstellungskosten des Zellstoffes bei der Produktion eine Rolle spielt.

Die größte Kunstofffabrik der Erde liegt in Marcus Hook in Pennsylvania. Ueberhaupt steht Amerika in der Kunstoffherstellung an der Spitze. Von den etwa 100 Millionen Pfund Kunstoff, die jährlich auf der ganzen Welt erzeugt werden, erzeugt Amerika allein mehr als ein Viertel. Englands Erzeugung betrug im Jahre 1922 15 Millionen Pfund und wird heute auf 18 Millionen Pfund geschätzt. Die deutsche Produktion ist eine Kleinigkeit geringer. Verhältnismäßig sehr hoch ist die belgische Produktion: fast 8 Millionen Pfund jährlich. Frankreich und Italien erzeugen etwa ebensoviel.

Demgegenüber ist die Weltproduktion an Naturseide als gering zu bezeichnen. Sie betrug im Jahre 1922 nur 59 Millionen Pfund und wird auch für die späteren Jahre nicht höher geschätzt. Nicht ganz mit Sicherheit bestimmt die Naturseidefabrikanten, daß bei fortwährender Verbesserung der Kunstofffabrikation die Nachfrage nach Naturseide immer weiter sinkt, so daß in absehbarer Zeit einmal mit dem völligen Aufhören der Naturseideproduktion gerechnet werden muß. Welch einen Siegeslauf die Kunstoffseide besonders in dem letzten Jahrzehnt genommen hat, mag die Tatsache veranschaulichen, daß im Jahre 1913 die Erzeugung von Kunstoffseide nur 1,5 Millionen Pfund betrug. Sie ist also in zehn Jahren fast auf das Hundertfache gestiegen. M. &

Doch bei solchen Arbeits- und Familienverhältnissen die Wohnungsansprüche der Textilarbeiterchaft sehr primitiv und ärmlich sind, ist eine logische Folgerung. Wenn man von Schwaben sagt, daß er mit dem Mostkrug zufrieden zu stellen sei, so glaube ich, daß hier die ärmlichen Wohnungsverhältnisse ein Teil Schul mit tragen. In der Wohnungsfrage können Staat, Länder und Gemeinden, sowie auch die Industrie nicht genug tun. In erster Linie sollte darauf geachtet werden, jedem Arbeiter ein menschenwürdiges und gesundes Heim zu schaffen, bevor Gelder hinaus geworfen werden, um öffentliche Bauten zu errichten.

Die Textilarbeiterchaft in Württemberg ist noch weit davon entfernt, hier auf Erden schon ein Paradies zu haben, trotz der vielen Versprechungen der Sozialdemokratie, woran es hier sicherlich nicht gefehlt hat. Der größte Teil der Textilarbeiterchaft in Württemberg war bis jetzt freierwerksmäßig organisiert. An den Orten aber, wo die Sozialdemokratie und mit ihr die freie Gewerkschaftsbewegung früher dominierend waren, sehen wir heute die größten Brüderlichkeit der Kommunisten und Unorganisierten. Die innere Herrschaft, die an diesen Orten in der sozialistischen Arbeitnehmerbewegung notwendiger Weise kommen mußte, wird in der christlich eingestellten Arbeitnehmerschaft in Württemberg hoffentlich den Gedanken wachrufen, daß die wirtschaftliche und kulturelle Förderung des Arbeitnehmersstandes, sowie seine Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben, am besten durch die Grundlage des Christentums zu erreichen sind, die uns auch im christlichen Textilarbeiterverband als Leitmotiv dienen. H. A.

Briefkasten der Schriftleitung.

H. S. Gronau: Es ist schon zu verstehen, wenn viele Mitglieder unseres Verbandes der Meinung sind, in der westlichsten Seite des deutschen Vaterlandes müßten bald paritätische Verhältnisse bestehen. Zeigt darum durch regere Berichterstattung, daß sie viel eher Wetterwinkel als ein Paradies ist.

P. B. Elbersfeld: Bekanntlich verderben immer viele Köche den Brei. Die Begriffe "wohlhabend" und "arm" sind recht dehnbar. J. B. ist wohlhabend oder arm? Je nachdem wohl einmal das eine oder das andere. In einer Hinsicht bist Du reich: Du hast einen breiten Rücken. Wer den hat kann schon einmal getrost Schläge für einen anderen empfangen.

K. D. Kreßel: Die Lehren aus dem Streit bei der Firma G. C. Maurenbreiter, Fünfmarktorfanzahl, A. G. Hüls, sollten in unserer Verbandszeitung zum Nutzen der Mitgliedschaft erörtert werden. Du hast in vorderster Linie mitgekämpft. Willst Du darum die Befreiung übernehmen?

A. B. Oberbrück: Die Vereinigten Glanzstoffwerke haben im abgelaufenen Geschäftsjahr 1919/20 Mill. M. — das ist mehr als ein Drittel des Aktienkapitals — verdient. Dieses Gewinnergebnis sollte der Arbeiterschaft des Werkes zu Gunsten gegeben. Im Verhältnis zu dem erzielten Gewinn des Unternehmens sind die Löhne der Arbeiterschaft viel zu niedrig. Eine angemessene Aufwertung ist nur dann durchausen, wenn die Arbeiterschaft sich restlos gewerkschaftlich organisiert.

K. B. M. Gladbach: Um einen Schrgang in Kurzdruck einzurichten, dürfte es sich empfehlen, mit einem Mitglied eines unserer Angestelltenverbände in Verbindung zu treten. Die Kosten würden dann geringer als wenn ein Lehrer von der Zentrale gestellt würde. Ähnlicher für unsere gewerkschaftlichen Jungmannen wäre ja zunächst die Einrichtung eines Deutschforschungsinstitutes.

J. S. Landeshut i. Schles.: In Wort und Schrift muß der Führer für seine Sache einstehen. Eine zu Spitze füder nicht in der Regel weniger Schaden an, als wie eine, die überhaupt nicht schreibt.

J. B. Beckhoff: Wir stimmen Deiner Aussicht zu. Ganz der Ton wie auf dem Kaffernenhof! Messer hört auf das Kommando des Herrn Arbeitgebers! Stillgestanden! Hüstest fest! Preise hebt! Löhne senkt! Arbeitszeit streckt! Arbeiter vorwärts bringt! Wenn's den Herren nur nicht einmal geht wie Goethes Zauberer: „Die Geister die ich rief, werd' ich nun nicht mehr los!“

Besondere Bekanntmachungen.

Verbandsbezirk Schlesien:

Adressänderung: Ab 1. Mai ist die Anschrift des Bezirksbüros: Schleiden, Untere Wilhelmstraße 2, Fernruf 94 c. Postleitzahl: Breslau 41060. Girtonio: Stadtgirofasse Schleiden 699.

Sterbetafel.

Radermacher Gerhard, Aachen, 73 Jahre. — Hahnegrech Johann, Schlesien, 66 J. — Neumann Elsa, Leutersdorf, 23 J. — Habs Therese, Marktredwitz, 60 J. — Löbbering Bernhard, Ostritz, 42 J. — Körnig Luise, Forst, 69 J. — Richter Emma, Forst, 27 J. — Köster Anna, Elbersfeld 52 J. — Müller Berta, Spiegelmersdorf, 49 J. — Schnitter Johann, Neukirch, 66 J. — Luz Hermann, M. Gladbach 64 J. — Detz Karl, Dingelstädt, 75 J. — Rettelbusch Friedrich, Sammersdorf, 69 J. — Schee Josef, Rohren, 62 J. — Sicking Johann, Böcholt, 20 J. — Höft Josefine, Bühlingen, 62 J. — Heimelshain Margarete, Düren, 73 J. — Edeler Franz, Breden, 27 J. — Roh Anna, Liebau, 46 J. — Gelbet Anton, Sümm, 76 J. — Börse Hermann, Küllerv, 43 J. — Blaucht Reinhold, Münchenbernsdorf, 54 J. — Steiger Johann, Augsburg, 75 J. — Junghans Hedwig, Pößneck, 39 J. — Hilgemann August, Thains, 49 J. — Günther Wilhelm, Greiz, 68 J. — Großheim Johann, Rheindorf, 56 J. — Wesselmann Karl, Oreden, 64 J.

Tuheit in Frieden!

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Von Aufgabenkreis unserer Bewegung. — Zum Arbeitszeit- und Lohnproblem in der Textilindustrie. — Sind Lohnerhöhungen zwecklos? — Preise und Löhne. — Die hand- und mechanische Handwerke in der Seidenindustrie links des Niederrheins. — Die Textilfachschule in Württemberg. — Fachzeitschrift und Beruf. — Die christlichen Gewerkschaften von Württemberg und Baden zur Steuerfrage. — Allgemeine Rundschau: Bildungsstunde. — Ein neuer Bundesgenosse. — Die gewerkschaftlichen Spartenverbände. — Goldene Regeln. — Ein neues Gesetz über die Todeserklärung Kriegsbeschädigter. — Aus der Textilindustrie: Von der Erzeugung der Kunstseide. — Aus unserem Verbandsbezirk: Einiges über die soziale Lage der Textilarbeiterchaft Württembergs. — Briefkasten der Schriftleitung. — Besondere Bekanntmachungen. — Sterbetafel.